



Stellungnahme der
Bürgerinitiative Lenting, NEIN - zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende
zum Netzentwicklungsplan Strom 2014 (NEP)

Die Bürgerinitiative Lenting wendet sich entschieden gegen die Planung und den Bau der Gleichstrompassage Süd-Ost (Korridor D mit der HGÜ-Verbindung D09 Bad Lauchstädt-Meitingen). Die zwischen dem Einspeisepunkt Bad Lauchstädt in Sachsen-Anhalt und dem Ausspeisepunkt Meitingen in Schwaben mögliche Trassierung betrifft auch die Gemeinde Lenting. Der Netzentwicklungsplan 2014 (NEP) ist somit Gegenstand der folgenden Einwendungen.

Eine Stromtrasse zwischen diesen Punkten gefährdet die Gesundheit der Bürger, beeinträchtigt das Landschaftsbild und wird für die Stromversorgung sowohl in der Region Lenting als auch bayernweit weder derzeit noch künftig benötigt.

Die Aussage des Netzentwicklungsplans 2014, die Gleichstrompassage diene dem Transport von Strom (nur) aus regenerativen Energiequellen wird bezweifelt. Ebenfalls bezweifelt wird die Aussage, dass eine Versorgung Bayerns nur zu Spitzenlastzeiten aus konventioneller Energie erfolgen soll, nachdem Braunkohlekraftwerke generell als Grundlastkraftwerke zum Einsatz gelangen. Darauf deutet der bestehende oder neu aufzunehmende Betrieb der Braunkohlekraftwerke Schkopau, Profen, Neukieritzsch (Kraftwerk Lippendorf) u. a. im Bereich des Einspeisepunktes hin.

Abgelehnt wird die Versorgungsplanung im Ausmaß des NEP 2014 vor allem mit Strom aus Kraftwerken, die mit fossilen Energieträgern wie Stein- und Braunkohle erzeugt wird.

Darüber hinaus lehnt die Bürgerinitiative Lenting generell die zentrale Stromversorgung mit hunderte Kilometer langen Leitungen aus Kostengründen und wegen den damit verbundenen Netzverlusten ab. Sowohl Planung und Realisierung solcher Trassen als auch der lange Transport des Stromes führen zu nicht hinnehmbaren drastischen Erhöhungen des Strompreises. Mit den avisierten Kosten von ca. 28 Mrd. Euro für die Stromtrassen ist bereits eine Erhöhung des Strompreises von 4 €/C zu erwarten.

Die Bürgerinitiative Lenting fordert deshalb, dass der durchschnittliche Strompreis in Deutschland nicht weiter steigen darf sondern mindestens auf den Durchschnitt EU-28 reduziert werden muss (vgl. Stand 1. Halbjahr 2013 lt. Eurostat: 29,19 €/C für Deutschland; 20,02 €/C EU-28). Dafür muss alles getan werden und das würde auch den wirtschaftlichen Aufschwung fördern.

Die Versorgungssicherheit wird durch den Verzicht auf die Stromtrassen nicht beeinträchtigt!

Die als Grundlage ausgelegten Kapazitäten gehen von falschen Voraussetzungen aus. Es werden einfach alle Erzeugerkapazitäten addiert, sodass eine nie erreichbare Auslastung geplant wird.

Stilllegungen konventioneller Stromkraftwerke, Steigerungen der dezentralen, regenerativen Stromerzeugung (mindestens analog der letzten fünf Jahre), Verknüpfungen von Fernwärme mit Stromnetzen, Steuerung von Biomasseeinspeisungen zu Zeiten von wenig Sonne, Forcierung der Speicherforschung, Anpassungen des EEG zum Zwecke des Ausbaues erneuerbarer Energieerzeugung, Stromspareffekte, Pufferungen durch Elektromobilität, lastabhängiges Versorgungsmanagement, Zusammenlegung von Übertragungsnetzen und viele andere Einflussgrößen werden nicht berücksichtigt.

Es ist zudem ein eklatanter Planungsfehler, wenn nur die Interessen der Stromerzeuger und Netzbetreiber aber nicht die von ca. 80% der Bevölkerung gewünschte Entwicklung einer echten, auf regenerative und dezentrale Energieerzeugung beruhende Entwicklung verfolgt werden.

Es kann nicht sein, dass heute der durchschnittliche Stromweg vom Erzeuger zum Verbraucher 40km beträgt und in 10 bis 15 Jahren 200 bis 300 km (Thomas Bareiß, MdB, CDU, Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur,

im Video der 237. Sitzung vom 25.04.2013 im Deutschen Bundestag, TOP 6, Ausbau der Elektrizitätsnetze), weil die dezentrale Energieversorgung den Interessen der Stromlobby geopfert wird.

Es kann auch nicht sein, dass gerade diejenigen, die später davon profitieren, Planungen vorschlagen und sie nach ihren Interessen anlegen können. Dies ist hochgradiger Lobbyismus und eine Bevormundung des überwiegenden Teils der Bevölkerung zugunsten reiner Wirtschaftsinteressen mit einer kurzfristigen und zum Scheitern verurteilten Energiepolitik. Die Chance, Weltmarktführer auf dem Gebiet regenerativer Energieversorgung zu werden, wird kläglich vertan. Stattdessen wird Gewinnmaximierung mit Trassen, die nur dem Stromhandel von vier großen Energieunternehmen nutzen, preferiert. Die Bürgerinitiative Lenting fordert deshalb, die Planungen unverzüglich zu stoppen und sie einer neutralen, nicht gewinnorientierten Netzagentur zu übertragen.

Der Landkreis Eichstätt strebt einen Ausbau der Selbstversorgung aller privaten, öffentlichen und gewerblichen Stromverbraucher mit im Landkreis erzeugtem (vorrangig regenerativem) Strom von derzeit 42% auf 100% im Jahr 2031 an.

Aber auch darüber hinaus, also bayern- und deutschlandweit betrachtet, ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Trasse derzeit nicht nachgewiesen:

Die Möglichkeit, in Bayern vorhandene (Irsching) und neu zu errichtende Gaskraftwerke zur Grundlastsicherung einzusetzen, wird im Netzentwicklungsplan unter Hinweis auf die derzeit geltenden Marktbedingungen zu Unrecht vernachlässigt. Diese Marktbedingungen sind aufgrund ihrer Abhängigkeit von gesetzlichen bzw. politischen Vorgaben ständig und gerade derzeit im Wandel begriffen.

Die Bürgerinitiative Lenting fordert deshalb, dass sie dringendst den neuen Gegebenheiten einer dezentralen Stromversorgung angepasst werden müssen!

CO₂-Zertifikate müssen wieder teurer werden, damit Gaskraftwerke wieder wirtschaftlich(er) betrieben werden können.

Der Zustand, dass Strom für die Endverbraucher in dem Maße teurer wird, wie die Erzeugung billiger wird, muss beendet werden. Er ist alleine dem Umstand geschuldet, den großen Stromerzeugern weiterhin mit vergleichbaren Erträgen, die sie aus der Stromerzeugung mit Atomenergie gewohnt sind, Gewinne zu sichern. Ziel muss ein für alle Bürger, das Handwerk und die Industrie bezahlbarer Strom ohne Subventionierung sein.

Die paradoxe Situation, dass es negative Strompreise an der Börse geben kann, muss korrigiert werden. Wenn ausländische Abnehmer sogar Geld für überflüssigen deutschen Strom erhalten, zeugt dies von schlechtem Strommanagement und belastet die Stromverbraucher zusätzlich mit Kosten. Dies ist nur dem fehlgeleiteten Szenario geschuldet, das weiterhin mit diesen alten Randbedingungen plant.

Die Bürgerinitiative Lenting fordert deshalb, die Voraussetzungen für solche Auswüchse zuerst zu korrigieren, bevor noch mehr fossile Stromkapazitäten erzeugt, eingespeist und transportiert werden. Das alte Konzept der zentralen Stromversorgung mit vorrangig fossiler Stromerzeugung muss einem neuen Strommanagement der dezentralen Versorgung mit vorrangig erneuerbaren Energien weichen.

Eine verringerte Binnennachfrage innerhalb Deutschlands würde z. B. zu einem erhöhten Export von Strom in das benachbarte Ausland führen. Das bedeutet im Umkehrschluss, wir können soviel Stromsparen wie wir wollen, die Netze werden immer voll ausgelastet. Zumindest dann, wenn es sich wirtschaftlich lohnt, was beim System der Strombörse (Merit Order) und den billigen CO₂-Zertifikaten automatisch die Kohle (insbesondere die Braunkohle) bevorzugt. Mit dem jetzt geplanten Netzausbau wird der Grundstein für die Flexibilisierung der großen Erzeuger gelegt und die wirkliche Energiewende für immer ausgebremst.

Dagegen wendet sich die Bürgerinitiative Lenting.

Die Netze im geplanten Ausmaß sind überflüssig!

Kraftwerke mit regenerativer Stromerzeugung müssen dort gebaut werden, wo Netze vorhanden sind (Gundremmingen, Grafenrheinfeld usw.) und umgekehrt Trassen dort, wo regenerativ erzeugter Strom angeboten wird. Die derzeitige Kraftwerkspolitik, die weiter auf fossile Energieträger aufbaut, wird von der Bürgerinitiative Lenting grundsätzlich abgelehnt.

Zum Nutzen einer wirklichen Energiewende und alleine schon zur Vermeidung von kulturellen, sozialpolitischen und finanziellen Schäden von Bürgern, die z. B. wegen neuen Braunkohletagebauen abgesiedelt werden müssen. Die Heimat von Bürgern einem wirtschaftlichen Erfolg zu opfern, wird von der Bürgerinitiative Lenting vehement abgelehnt.

Der „volkswirtschaftlichen Nutzen für Polen und Tschechien“ zur Rechtfertigung der Gleichstrompassage Süd-Ost sowie Durchleitungen von und zu anderen Nachbarländern zum Zwecke des Stromhandels wird von der Bürgerinitiative Lenting bestenfalls als zweitrangig erachtet.

Er ist für die Trasse nicht notwendig, eher umgekehrt.

Die Versorgungssicherheit in Bayern kann mit dem Ausbau der dezentralen Energieversorgung (Endziel über 100%) und intelligentem Strommanagement zum Spitzenausgleich ohne Probleme erfolgen. Die Netze dafür existieren.

Im Auftrag der Bürgerinitiative Lenting, NEIN – zur Stromtrasse, JA – zur Energiewende und von derzeit 355 Unterzeichnern gegen die Stromtrasse Bad Lauchstädt - Meitingen (die Unterzeichner werden ständig mehr; die Listen können jederzeit eingesehen oder übergeben werden).

Johanna Zieglmeier
Alte Landstraße 38
85101 Lenting
jhzieglmeier@t-online.de

Hermann Haury
Jurastraße 7
85101 Lenting
traudel.haury@gmx.de

Peter Winter
Siedlung Desching 18
85101 Lenting
pwinter-lenting@t-online.de

Die Bürgerinitiative Lenting ist mit der Veröffentlichung einverstanden.

27.05.2014